

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Ruchnappel und Tirschnitz.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Verkäufe, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pfg. für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 243.

Montag den 18. Oktober 1920

70. Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

Während der in Essen tagenden Bergarbeiterkonferenz des Ruhrreviers wurde die Sozialisierung des Kohlenbergbaus für Ende des Jahres in einer Resolution an die Reichsregierung verlangt. Eine in Dortmund tagende Versammlung von Bergarbeitern beschloß, die Befreiung der Kohlengruben durch die Bergarbeiter vorzunehmen, wenn die Sozialisierung der Bergwerke bis Ende November nicht begonnen sein sollte.

Durch Beschlagnahme deutscher Schiffe im Rhesdistrikt leitens der Polen ist den Schiffen bedeutender Schaden erwachsen, für den sie das Reich verantwortlich machen. Bisher konnte das beschlagnahmte Gut vom Auswärtigen Amt nicht zurückverlangt werden.

Der Gemeindefreiwirtschaftler ist überall beunruhigt; ein Streik der Transportarbeiter ist in Sicht, damit es an Abwechslung nicht fehlt!

Zum Komitee zur Befreiung der Simonsen sind als Vertrauensmänner für Deutschland Professor Schulze-Gävernitz und Hellmut von Gerlach gewählt worden.

Die Kärntner Frage wühlt sich zu einem internationalen Konflikt aus. Bisher konnte man die Entsendung von zwei Bataillonen italienischer Truppen als eine Verfügung der Landesregierung von Laibach ansehen, nun aber hat sich auch in Belgien eine heftige Agitation für die militärische Besetzung von Südkärnten geltend gemacht und die jugoslawische Regierung scheint geneigt zu sein, diesem Druck nachzugeben.

Nach einer Meldung aus Wien wurde von Regierungsseite in der Nationalversammlung mitgeteilt, daß die Lösung der Königsfrage durch Volksbefragung festgelegt wird.

Wie „Chicago Tribune“ meldet, werden die Vereinigten Staaten den Vertrag zwischen Polen und Rußland nicht anerkennen, weil über russisches Gebiet ohne Einwilligung der interessierten Bevölkerung verfügt worden sei.

Der lange angeforderte englische Bergarbeiterstreik ist nunmehr ausgebrochen, die Kohlenlieferung ins Ausland eingestellt, im Inlande der Verbrauch erheblich eingeschränkt. Es besteht die Möglichkeit des Symphoniestreiks der Eisenbahner.

Den Blättern zufolge hält der Preissturz für alle Waren an und wird noch durch den bevorstehenden Bergarbeiterstreik verschärft. In Amerika ist das Sinken der Preise noch erheblich als in England.

Deutsches Reich.

Die Chemnitzer Kartoffelschiebungen.

Dresden. Die Deutschnationale Fraktion der Volkskammer hat folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: Was ist der Staatsregierung von der angeblichen Kartoffelschiebung der Chemnitzer Behörden bekannt? Wie geht sie im Falle der Wahrheit der Behauptungen in der Presse die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?

Die Not der Arbeiter-Rentenempfänger.

Die sozialdemokratische Fraktion der Volkskammer hat folgende Anfrage eingebracht: Am 23. Juli hat die Volkskammer folgenden, die Arbeiter-Rentenempfänger betreffenden Beschluß gefaßt: Die Regierung zu ersuchen, unter ernstem Hinweis auf die äußerst bedrohliche Lage der Arbeiter-Rentenempfänger in Sachsen bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck für die sofortige Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die bedürftigen Arbeiter-Rentenempfänger einzutreten und, falls das Reich sich hierzu nicht binnen kürzester Frist einverstanden erklären sollte, die Regierung zu beauftragen, zur Milderung der Notlage sofort selbst entsprechende Maßnahmen durchzuführen und die Mittel dafür nachträglich im Nachtrage zum Staatshaushaltsplan anzufordern. Was hat die Regierung getan, die in diesem Beschluß enthaltenen Forderungen zu erfüllen und die Not der Arbeiter-Rentenempfänger zu mildern? — Eine weitere Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion will Aufklärung darüber, ob die Staatsregierung bereit ist, für die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäten eine Verordnung zu erlassen, um die fehlende Klarheit über die Frist, innerhalb deren die Wahlen stattzufinden haben, zu schaffen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Antrag gestellt, einen Entwurf eines Gesetzes über Verbraucherschutz der Regierung zu überweisen. Es sollen eine Landesverbraucherkammer und freischaupmannschaftliche Verbraucher-Kammern, die mit der Eigenschaft als Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgestattet sind, zur Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher des Freistaates Sachsen errichtet werden.

Dieselbe Fraktion hat einen Antrag eingebracht, daß die Regierung auf dem Verordnungsweg verfügen solle: 1. daß nur solche Hilfskräfte zur Erteilung des Religionsunterrichtes herangezogen werden, die auf Grund einer staatlichen Prüfung den Nachweis genügender pädagogischer Ausbildung erbracht haben;

2. daß an der staatlichen Aufsicht auch über den durch solche Hilfskräfte erteilten Religionsunterricht festgehalten wird;

3. daß keinem Lehrer Nachteile erwachsen dürfen, der von seinem verfassungsmäßigen Rechte, den Religionsunterricht abzulehnen, Gebrauch macht;

4. daß Anstellungen nicht von der Antwort auf die Frage abhängig gemacht werden, ob sich der Bewerber zur Erteilung des Religionsunterrichtes verpflichtet;

5. daß Religionsunterricht nach den Zwidauer Theesen kein Unterricht im Sinne der Verfassung ist;

6. daß durch die Ansetzung der Stunden für Religionsunterricht nicht der Gesamtplan des Unterrichts zerlegt wird;

7. daß Kinder, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, nicht zur Teilnahme an einem anderen Unterrichtsfach gezwungen werden.

Erst Brüssel, dann Genf.

Berlin. Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Delacroix, der sich höchstbefriedigt über die Ergebnisse seiner Londoner Reise äußerte. Der Grundjah, auf dem sich Frankreich und England geeinigt hätten und welchem wahrscheinlich auch Italien zustimmen würde, wäre, daß in Brüssel der Betrag der Entschädigung auf einmal festgesetzt werden solle. Nachdem man sich in Brüssel über die Summe geeinigt hätte, solle sie dann in Genf endgültig festgesetzt werden. — Wie die „Voss. Ztg.“ aus Paris meldet, wird der französische Botschafter Laurent in Berlin, der dieser Tage von Paris auf seinen Posten zurückkehrt, der deutschen Regierung mitteilen, daß die Sonderunterhandlungen zwischen deutschen und französischen Sachverständigen über die Wiedergutmachungsfrage, die Deutschland angeregt hatte, angesichts der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz in Brüssel untunlich erscheinen. Man nehme in Paris an, daß die Einberufung der Sachverständigenkonferenz nach Brüssel in allernächster Zeit erfolgen werde.

Der Kohlenüberschuß in Frankreich.

An das Reichswirtschaftsministerium und an das Ministerium des Innern ist von den Herren Rirdorf, Stinnes und Böglar folgendes Telegramm gefandt worden:

Die Kohlenfrage zwingt uns, nachdem bereits vier Hochöfen außer Betrieb gesetzt sind, jetzt zwei weitere stillzulegen. Hierdurch sind weitere Arbeitseinstellungen unvermeidlich. Dabei ist bekannt, daß in Frankreich großer Ueberfluß an Koks und Kohle herrscht, jedoch teilweise die Bahnhöfe wegen Ueberfüllung verstopft sind. Die Gasanstalt in Paris hat 900 Tausend Tonnen Vorrat, d. h. mehr als je zuvor. Wir bitten dringend, Schritte zu tun, daß angesichts des Ueberflusses in Frankreich soviel Kohlen und Koks in Deutschland zurückgehalten werden können, daß unsere Wirtschaft nicht vollkommen zusammenbricht.

Rirdorf, Stinnes, Böglar.

Nach einer „Temps“-Meldung hat die deutsche Regierung bereits in einer Vorlesung des Botschafters am 13. d. Mts. eine Milderung des Spaer Kohlenabkommens bei Frankreich angeregt.

Zur Zerstörung des deutschen Kriegsgerätes.

Die Interalliierte Militärkommission hat bei der Reichsregierung darüber Beschwerde geführt, daß die Durchführung des Teiles des Friedensvertrages und die Kontrolle hierüber durch passives und aktives Verhalten der Arbeitnehmer behindert würde. Die Gewerkschaften sind daraufhin vom Reichsarbeitsministerium zur Einwirkung auf ihre Mitglieder aufgefordert worden. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.D.A.) in Berlin hat dem Reichsarbeitsministerium seine Mitwirkung hierbei zugesagt, hat jedoch gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung mehr als bisher alles tun müsse, um die Zerstörung des aus früherem Kriegsgerät verbleibenden und zu wirtschaftlichen Zwecken noch brauchbaren Materials zu verhindern. Die Bestimmungen des Paragraphen 189 des Friedensvertrages, der die Verwendung der aus dem Abbruch von Kriegsfahrzeugen herrührenden Gegenstände, Maschinen und sonstigen Materialien zu wirtschaftlichen Zwecken ausdrücklich zuläßt, müßten sinngemäß allgemein zur Anwendung gelangen.

Der katastrophale Rausch der Dieselmotoren.

Von sachverständiger Seite wird zu dem drohenden Rausch der Dieselmotoren gesagt, daß, abgesehen davon, daß die direkten Schäden auf 1 einhalb Milliarden, die der Re-

gierung erwachsende Schadenerschaft auf 4 einhalb Milliarden zu schätzen seien, in Betracht gezogen werden müsse, daß eine ganze Reihe von Betrieben durch die Herausnahme von Dieselmotoren für lange Zeit stillgelegt würden, wodurch weitgehende Arbeitslosigkeit im ganzen Reiche entstehen müßte.

Die Ablieferung von 810 000 Milchfäßen.

Im Anschluß an die Resolution des sozialdemokratischen Parteitagess gegen das Verlangen der Alliierten auf Ablieferung von 810 000 Milchfäßen berichtet der Vorwärts, daß nach seiner Information die Reichsregierung gegen diese Forderung bei der Wiedergutmachungskommission Protest eingelegt hat. Der Vorwärts führt weiter dazu aus, daß die Forderung nach der Abgabe von 810 000 Milchfäßen etwa 10 v. H. des gesamten Viehbestandes in Deutschland betreffe und daß dadurch rund 6 Millionen Liter Milch verloren gehen. Das sei der größte Teil des Bedarfes an Kindermilch in Deutschland.

Ueber die Geldleistungen.

die dem deutschen Volke auferlegt werden sollen, werden von französischer Seite neuerdings 170 Milliarden M. genannt. Diese Zahl ist genau so phantastisch wie die 1000 Milliarden Mark und die 8 einhalb Milliarden Goldmark jährlich, die Tarnieu von den Deutschen erpressen will. Nach einer Meldung des „Temps“ beabsichtigt die französische Wiedergutmachungskommission, nachträglich Ansprüche an Deutschland zu erheben, die sich auf die angebliche Zerstörung französischen Eigentums in Konstantinopel und in der Türkei erstrecken.

Große Bestechungsorgel eines hohen Staatsbeamten.

Der „Germania“ veröffentlicht Mitteilungen des Verones gegen das Bestechungsweien. Danach hat der Leiter der staatlichen Feuerversicherungsstelle der Kriegsgefellschaften, Dr. Franz Münke, es verstanden, in 15 Monaten sich eine Million Mark Provision von Versicherungsaufträgen bezahlen zu lassen, indem er Transporte der Kriegsgefellschaften übermittelte. Die gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren haben keinerlei Erfolg gehabt, da die juristischen Grundlagen für den Begriff der Bestechung nicht ausreichten. Erst jetzt ist die Entlassung des Dr. Münke aus dem Reichswesen verfügt worden.

Gemahregelte Landräte.

Gestern war bekannt gegeben worden, daß eine Anzahl von Landräten, darunter auch der Landrat von Wöhrungen Graf Ranitz, in den Ruhestand versetzt worden sein. Die regierungseitig dazu mitgeteilt wird, ist diese Maßnahme auf die Haltung der Landräte während des Kapp-Putsch zurückzuführen.

Die Parteipolitik erfolgt.

Der Parteitag der U.S.P. stimmte nach kürzlicher Auseinandersetzung in seiner Sonnabend-Nachmittags-Sitzung dem Anschließ an die 3. Internationale mit 237 gegen 156 Stimmen zu. Zwei Delegierte enthielten sich der Abstimmung. Nach einer Erklärung von Reuens verließ der rechte Flügel der Partei den Saal. Die beiden Parteien haben weiter getrennt getagt. Nach dem Verlassen des Saales durch den rechten Flügel erklärte der Vorsitzende Brach, daß der Parteitag noch nicht zu Ende sei. Es müßte noch die Wahl des Vorstandes stattfinden. Darauf wurden gewählt Däumig und Hoffmann als Vorsitzende, Stöder, Gädel und Genoffin Braunthal als Sekretäre. Der linke Flügel schloß dann seine Tagung. Auf Ersuchen der Reichsregierung hat der preussische Minister des Innern die Ausweisung von Lofowski und Sinowjew verfügt. Der rechte Flügel wählte Ledebour neben Crispian zum Vorsitzenden, er will seine Selbstständigkeit wahren und sich nicht den Reichssozialisten anschließen. Er schloß darauf gleichfalls seine Sitzung.

Gescheiterte Verhandlungen im Braunkohlenbergbau.

Die Verhandlungen, die Sonnabend zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues stattgefunden haben, sind gescheitert, da die Arbeitgeber erklärten, keine weiteren Zugeständnisse in der Frage der Lohnerhöhung machen zu können, ohne eine Kohlenpreiserhöhung eintreten zu lassen. Es wurde eine 22gliedrige paritätische Kommission gebildet, die die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium fortsetzen soll.

Befreiung des neuen Regierungsprogramms.

Der Reichskanzler Fehrenbach wird heute die Führer aller Parteien empfangen, um mit ihnen die gesetzgeberischen Arbeiten der nächsten Zeit zu besprechen. Dabei wird voraussichtlich auch das Regierungsprogramm erörtert werden.

den, das in Aussicht gestellt ist. Der Reichsanwalt hofft, am Freitag dieser Woche vor dem Reichstag das neue Regierungsprogramm zu entwickeln. Die Sitzung würde dann am Freitag nur kurz sein, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu bieten. Am Sonnabend würde dann die große politische Aussprache beginnen.

Der Kampf gegen Hermes.

Der „Vorwärts“ leitet den Kampf der Mehrheitsfraktionen gegen den Reichsernährungsminister Hermes fort und veröffentlicht weitere Einzelheiten über die angebliche Vergebung von 2 Milliarden Mark. Der „Vorwärts“ führt folgendes aus: Hermes verbot im Mai jedes weitere Einlaufen von Rohstoffen für die deutsche Margarine- und Delindrie, während er Fertigfabrikate zu teuren Preisen einführen ließ. Im September trat naturgemäß eine plötzliche Kollage in den Rohstoffen für die deutsche Margarine-Industrie ein und der Reichsausschuh wurde gezwungen, in wenigen Tagen, ja, man möchte sagen, Stunden, alle nur möglichen vorhandenen Rohstoffe zu jedem Preise einzulassen. Diesem plötzlichen Einlauf von 50 Millionen Kilogramm Fertigware auf Kosten des Reiches müssen im Monat Oktober noch weitere Rohstoffe für 50 Millionen Kilogramm Fett und Öle folgen. Es ergibt sich nun der ungeheure Skandal, daß die Fabrikate, die höchstens auf 14 bis 15 Mark pro Kilogramm gekommen wären, jetzt auf 25 Mark zu stehen kommen. Das bedeutet eine Mehrausgabe auf Kosten des Reiches und der deutschen konsumierenden Bevölkerung von 1 Milliarde Mark. Dazu kommt, daß Hermes auch die Wirtschaft der deutschen Volkswirtschaft freigegeben hatte. Der Raps ist durch diese Wirtschaft von 2,30 pro Kilogramm auf 7,30 Mark gestiegen. Dieses Defizit von mindestens 1 ein Viertel Milliarden Mark wird auf über 2 Milliarden durch die gleiche planlose Wirtschaft bei den tierischen Fetten erhöht. Die Eindeckung des deutschen Schmalzbestandes bringt heute eine Mehrbelastung gegenüber Mai und Juni von zirka drei Viertel Milliarden Mark, weil sich der Preis von zirka 21 auf 34 Mark gesteigert hat.

Ausland.

Wie die Ingoislawen Rosenthal räumen.

Algerien. Die Ingoislawen haben auf den Befehl der interalliierten Kommission die von ihnen besetzte Zone A zu räumen, noch keine Antwort erteilt. Während sie in dem Bezirk sich anscheinend auf einen dauernden Aufenthalt einrichten, oder dies wenigstens der Bevölkerung vorgepiegelt haben, haben sie das obere Rosenthal im Laufe der Nacht in aller Stille geräumt. Sie haben dabei aber ungeheure Plünderungen verübt, nahmen alle, dem früheren Österreich gehörigen Möbel und Einrichtungsgegenstände, insbesondere aber Telegraphen- und postalische Apparate mit. Bei dem Ausbau dieser Apparate haben sie das Gebäude gewaltig zerstört. Die deutschgefinnte Bevölkerung wird bis auf das Hemd beraubt, wobei besonders Wäpche mitgenommen sind. Es wurden sogar eiserne Bänke von den Promenadenwegen auf Lastautomobile geladen und über die Grenze geschleppt. Die interalliierte Kommission wurde von den Vorgängen benachrichtigt, sie hat infolgedessen aber sehr verspätet Offiziere zur Grenzüberwachung abgeordnet. Vor der Räumung des Rosenthales haben die Ingoislawen dort ingoislawisch gestimmte Burden mit Militärgefahren ausgerüstet und mit Munition dazu und mit der Anweisung versehen, auf die anrückende österreichische Gendarmarie zu schießen, um so einen Aufstand zu organisieren, um einen Vorwand zum sofortigen neuen Einmarsch der Ingoislawen zu schaffen.

Ein Befehl an Ingoislawen.

Paris. Die Botikastertkonferenz hat beschlossen, die Belgrader Regierung aufzufordern, die in Kärnten eingebrochenen südslawischen Bataillone sofort zurückzuführen.

Schwere Anlage gegen die englische Regierung.

Kopenhagen. Laut „N. K. C.“ veröffentlichten Lord Gren und Lord Robert Cecil gemeinsam einen Brief zur Rede Lloyd Georges über Irland, in dem sie erklären, daß erdrückende Beweise dafür beständen, daß bewaffnete Streitkräfte der Krone seit Monaten systematisch Häuser verbrannt oder zerstört, Frauen und Kinder in die Wälder und Berge verjagt hätten. Unter den Opfern befänden sich Protestanten und Unionisten, die erbittertsten Gegner der Sinnfeiner. Eine Politik, die zu solchen Ergebnissen geführt habe, werde von den Ministern, darunter Lloyd George, noch gebilligt. Dies seien ernste Anlagen, die eine öffentliche sofortige Unternehmung durch das geistliche Gericht erheischen.

Um Weg und Ziel.

Original-Roman von Margarete Wolff-Meeder.

„Das ist das Fräulein, das sägeln will“, sagte der Junge, indem er auf Irmingard zeigte.
Der Alte machte große runde Augen, nahm die Mütze ab und fragte den Kopf vor lauter Verlegenheit: „Ja, Fräulein, das ist doch nicht die schöne Geiselt? ... Ru hab ich all dat Segelboot vermielt ... und weiter is feins noch nich in Stand ...“ Er kratzte immer von neuem den Kopf.
„Na, dann ist's heute mit dem Segeln nichts“, Irmingard Ollmanns Stimme klang enttäuscht.
„Der Herr da hat's Ihnen weggenommen, Fräulein“, äußerte der Alte, indem er auf Leberecht Wiedenlamp zeigte. Und dann ließ er die blauen Augen zwischen Irmingard und Leberecht Wiedenlamp hin und her wandern, immer seine Mütze in den Händen drehend, meinte er: „Wenn die Herrschaften sich vielleicht kennen, könnte ich sie ja beide legen.“
„Rein“, entgegnete Irmingard. „Rein, nein, nein.“ Es hand eine purpurne Blut in ihrem Gesicht.
Und Leberecht Wiedenlamp sah das, und alle entseelten Teufel schickten in ihm, und die Vorstellung, das hübsche Mädchen neben sich zu haben, wurde zur brennenden Begierde. Er nahm wieder den Hut ab, und ließ den Wind um seinen Kopf wehen, und währenddem hat er Irmingard, ihm die Mißfart gestatten zu wollen. Segeln sei ein so toller Genuß für ihn. Wenn aber nur der eine oder andere von ihnen die Fahrt machen dürfte, würde er selbstverständlich derjenige sein, der das Boot freigebe.
Sie wurde unter seinem Blick ganz verwirrt und blühte mit fast hilflosen Augen umher.
Sogar dem Alten mußte ihre Unsicherheit auffallen; denn er sagte, indem er seine Mütze wieder aufsetzte: „Dat is doch nicht Riges, daß ein Herr und eine Dame tommen sägeln, Fräulein!“

Erste Erkrankung des griechischen Königs.

Athen. Man sieht stündlich dem Leben des an Blutvergiftung erkrankten Königs entgegen. Der Ministerrat ist zusammenberufen. Als voraussichtlicher Nachfolger wird der jüngere Bruder Paul bezeichnet. Die voraussichtliche Regentenschaft wird wahrscheinlich der Admiral Rundiotis führen. Bei längerer Dauer derselben ist eine Verschärfung der inneren Lage unvermeidlich, zumal man kurz vor der Wahl am 7. November steht.

Der Friedensbruch von Wilna.

Ein zweiter Korridor?

Am gleichen Tag und zur selben Stunde, da die polnischen Vertreter in Riga ihren Vorfrieden mit den Russen schlossen, brachen polnische Truppen den Frieden mit Litauen, indem sie durch einen Handstreich die litauische Hauptstadt Wilna „eroberten“. Natürlich wurde der völkerrechtliche Frevel nach allen Richtungen beschönigt. Zuerst hieß es, die Eroberer von Wilna seien keine echten Polen, sondern polonisierte Litauer, die ihre Stadt in ihre Gewalt bringen wollten. Dann gab man zu, daß es richtige Polen seien, aber eben Meuterer, Szeligowski, der Kommandant der litauisch-weißrussischen Division der polnischen Armee, und Oberst Lohidi, ein Unterführer, habe sich eben gegen das Oberkommando empört. Für die militärische Diktatur dieser Freiwilligen von Wilna dürfe man die Warschauer Regierung nicht verantwortlich machen. Warshaw habe getan, was es konnte, indem es den zuverlässigen General Sitoriski, den Befehlshaber der Njemen-Armee, in das Hauptquartier Szeligowskis schickte. Es sei nicht gelungen, die kampflustigen Freiwilligen zu beruhigen. Sie beständen darauf, in Wilna zu bleiben, und dagegen sei nichts zu machen.

„Nun damit wirklich die Sache erledigt? Die letzte Mitteilung der polnischen Regierung ging dahin, die Offiziere und Soldaten, die aus der Gegend von Wilna und Grodno stammen, hätten darauf bestanden, daß die Polen in diesem Gebiete bleiben, um sich für die Gewalttaten zu rächen, die die Litauer gegen die Familien dieser Offiziere und Soldaten verübt hätten. Aber auch dies ist keine Entschuldigung, geschweige denn eine Rechtfertigung des Friedensbruchs. Das diplomatische Spiel geht also weiter.“

Die englische Regierung beschloß bemerkenswerterweise sofort, die Tatsache der Besetzung von Wilna nicht anzuerkennen. Sie eröffnete sofort Unterhandlungen mit Paris über die Entsendung einer gemeinschaftlichen Note an Polen, in der Warschau der Rat erteilt wird, sich „gemäßigt“ mit Rücksicht auf Wilna zu benehmen. Ferner hat die litauische Regierung die Hilfe des Völkerbundes angerufen und Senatspräsident Bourgeois hat als Vertreter des Völkerbundes der in Suwalki weilenden militärischen Völkerbunds-Kommission etwas vorgehend telegraphiert, nach seiner Kenntnis aus amtlichen Quellen werde das Vorgehen des polnischen Generals in Wilna von der Warschauer Regierung „formell mißbilligt“. Dieses „formell“ spricht Bände. Denn in Wahrheit steht General Szeligowski und die „vorläufige regierende Kommission Mittel-Litauens“ bereits in eifriger Funtverbundung mit Warschau und schlägt der polnischen Regierung vor, Ort und Zeit einer Zusammenkunft von beiderseitigen Delegierten festzusetzen, um „alle Unklarheiten zu beseitigen“. Die bauerlich-sozialdemokratische Regierung Witos-Daszynski in Warschau, die den Frieden mit Litauen schloß, ist eben vollständig in der Gewalt der ausdehnungslustigen polnischen Militärpartei. Die Kleinbauern und Arbeiter, deren Abgeordnete formell an der Spitze des polnischen Staates stehen, sind nichts anderes als die Gefangenen der Generale, und diese wiederum sind die Agenten Frankreichs. Sie sind es seit den neuen Erfolgen des polnischen Heeres gegen Sowjetrußland erst recht geworden. Jetzt, da durch den Willehismus des Waffenstillstandes der Militärpartei mit der Demobilisation des Heeres eine bedeutende Machtzunahme droht, will sie durch das Abenteuer von Wilna, dem vielleicht andere, ähnliche auf dem Fuße folgen werden, ihre Unentbehrlichkeit beweisen und ihre Machtstellung aufrechterhalten. Sie wird darin unterstützt von der national-demokratischen hohen Bürokratie und von Frankreich, das das polnische Schwert zum Kampfe gegen Sowjetrußland scharf halten will und ganz bestimmte Pläne gegen Deutschland verfolgt.

Das Ziel Frankreichs ist die Bildung eines polnischen Korridors durch Weißrußland nach der Ostsee. Rußland

soll von Deutschland durch diesen zweiten Korridor völlig abgeriegelt werden. Erinnert man sich, wie Deutschland im Sommer 1919 bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages wegen des Schicksals des abgetretenen Memelgebietes anfragte und die Antwort erhielt, das Gebiet sei an die Entente abgetreten, weil „die Zugehörigkeit der litauischen Territorien noch nicht bestimmt sei“? Und erinnert man sich daß, während in Danzig die Engländer auftraten, Memel ausschließlich durch französische Truppen besetzt wurde?

Ein wehrloses Litauen unter polnischer Oberhoheit und Memel als zweiter polnischer Ostseehafen neben Danzig, zwei Korridore als chinesische Mauern zwischen Deutschland und Rußland, das soll der Triumph des französisch-polnischen Imperialismus sein. Wollen die ahnungslosen Herren vom Völkerbund auch diesem Plane ihren Segen geben?

Die Unabhängigkeit des Kaffeler Parteitag der S. P. D.

Der sozialdemokratische Parteitag in Kassel hielt am Sonntag seine Schlußsitzung ab. Zunächst wurde der bisherige Parteivorstand wiedergewählt, mit Ausnahme des preußischen Ministerpräsidenten Braun. Hierzu gab der Parteivorstand Hermann Müller die Erklärung ab, daß Parteivorstand und Parteiauswahlschub auf Grund zweijähriger Erfahrungen zu der Überzeugung gekommen seien, daß Regierungsmitglieder nicht dem Parteivorstand angehören dürfen. Der Parteivorstand müsse gegenüber der Reichsregierung und der preußischen Regierung völlig freie Hand haben (lebhaft Zustimmung). Das Verbleiben Brauns an der Spitze der preußischen Regierung sei unbedingt erforderlich zur Durchführung der Demokratisierung Preußens.

Im Namen der Behördekommission berichtete Roland Berlin über eine Beschwärde des Genossen Hohrath. Hohrath habe bei den Verhandlungen mit den Kommandanten der französischen Besatzungstruppen im Namen der Partei über einen Anschluß der ev. selbständig werdenden Rheinlande Erklärung abgegeben, zu denen er in keiner Weise ermächtigt war. Hohrath hat sich zwar zu einer unteilbaren deutschen Republik bekannt, hat aber hinzugefügt, daß, wenn die Einheit der deutschen Republik durch reaktionäre oder monarchistische Machenschaften zerfallen werden sollte, über die Rheinlande der Anschluß das kleinere Übel wäre. Er hat an den französischen Kommandanten die Bitte gerichtet, daß die Sozialdemokratische Partei den Übergang der ganzen linken Rheinseite nach Frankreich wünsche. Die Kaffeler Sozialdemokraten haben Hohrath wegen seines Verhaltens zur Rede gestellt und haben ihm das Recht abgesprochen, sich in dieser Weise mit französischem Militär einzulassen. Sie haben ihm eine scharfe Rüge erteilt. Hohrath hat wegen dieser Rüge Beschwerde beim Parteitag eingelegt, der aber diese Beschwerde als unbegründet zurückwies.

Als Ort des nächsten Parteitages kommen Ael, Düsseldorf und Mannheim in Frage. Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt, und Hermann Müller würdigt in seinem Schlußwort den lachlichen Verlauf und die geschlossene Kraft der Partei, die er gegenüber der Selbstzerfleischung in Halle mit Genugtuung hervorhebt. Müller verwies auf die Anziehungskraft, welche die deutsche Republik bei der Volksabstimmung in Schlesien, in Ost- und Westpreußen gezeigt hat, feierte unter härmlichem Beifall des Parteitages den deutschen Abstammungsbesitz in Kärnten und gab der feilen Jüdischkeit auf einen Sieg des Völkchums in Oberschlesien Ausdruck. (Zurück zum Beifall.) Wer die Republik mit Gewalt beseitigen will, erklärte er zum Schluß, ist für die Sozialdemokratie vogelfrei.

In das dreifache Hoch auf die internationale, völkerebefreiende Sozialdemokratie stimmte der Parteitag begeistert ein und sang lebend die Arbeiter-Marseillaise.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Callenberg, 18. Oktober.

Experimental-Abend di Dio. Wir konnten vor kurzem erst drei Experimentalabenden des Herrn Bert Wilson bewohnen, darum konnte es nicht minder nehmen, daß der für Sonnabend im „Kristallpalast“ angelegte Experimentalvortrag von Graf Francesco di Dio, der sich auf denselben Gebieten bewegte, nicht auf Besucht war. Das war schade; denn es wurde dort manches Neue geboten, und die Besucher kamen aus dem Staunen über die Sicherheit, mit der genannter Herr arbeitet, nicht heraus. Es würde zu weit führen, jedes einzelne Experiment und seine restlose Lösung zu besprechen; es sei nur festgestellt, daß alle dem Vortragenden gestellten Aufgaben mit verblassender Schnelligkeit gelöst wurden, gleichviel, ob nun er selbst der Auftragneber oder der Beauftragte war. Neben der Tierhypnose hatten den lebhaftesten Beifall zur Folge die Darbietungen auf dem Gebiete der Massenhypnose, ferner die Gedankenübertragung mit und ohne Kontakt, die Lösung der Kombinationsaufgabe „Das gestohlene Testament“ und so vieles andere. Der Vortragende bewies unumwiderleglich, daß er auch der schwierigsten Aufgabe gewachsen ist. Graf di Dio hofft auf

zahlreichen Beibehaltung und wird, das man pflegt.

Die Zugewiesen, daß die ten, Bezugstarke fenden Verjorgu zum 20. Oktober Zeit vom 21. Ausnahmen, der lauber- und Erg 20. Oktober für worden sind, sind

Neue E-machung im Am Einkommensteuern Mit der Lieferu Mark-Steuermark bendrud, die 100 und gelb.

Das Lir ab sollen Roggen sowie Gerste bis wird nach einer schaftsmittelums fegung des Brotes mehl, 10 Prozent 5 Prozent Weize Reichsgeldstelle rem Umfang, 10 Weizenkleingedä

Lohnzahl arbeitsministerium punkte, daß der V rend eines der R troch verfürzier V könne, nach nachr kommt lediglich d Lohn- und Schal während eines des mes vorher anzul der Arbeitgeber id dem Zeitpunkt ab vierzehntägige Rü notwendig geword 8. September an die Arbeit streken

(23.) Briefe sind veruchswelc Sowjetrußland zug bindungen über 2 ein- bis zweimal w Arhangelsk weiter verkehr. Eine Ger Hände der Empfä nommen werden.

Rödlin. (Der B im Beilein des Herr dort anschließende D Parittroke ausgebaut wurde Herr Baume Wades und Herr E Bau der Straße de

Glaußnitz bei S Übergangsmarienach zweipinnige Auhraue hielt. Bei der Dutz seines Weizenmehl, 5 Mele und 14 Brot Waren hatte 24 in Markt dafür bezahlt.

Dresden. (Eine nopolizei in den Gr gehalten worden. U ein Lithograph G. e sich mit der Herrlich Wohnungen wurde e Beschlagnahme. Eine fogar mit Wasserzeich fertig.)

Döbeln. (Ein Z pelene Damerische Zeile des Gebäudes Ernsteoritäten, u. a. B. Toffeln und mit den la

Glauchau. (Zeh beidungslage. Die St der Mehrheitssozialde die Einwohnerricht f einer Demonstration g Schützenplage einberu etwa 1000 Personen k täteten und Stadterord schierte je eine Abteil enem Juag nach Veri Certeissham und Reich veridindmaas, Wulm. Radfahrerbordnung n nstantl wurde. In n Kauie des Sonnabend worden war, wurde in anmelden Landwirthe offen zu dem feigele andelt unter Sinweis namitid mit Rech era ur Selbsthilfe schreiten ist die verfügbaren A s wurde dann aus artoffeln bis Wittmo liefern zum Zentner endorf 600, Kemle (R nit 200, Reihnoldshau aas 600, Wernsdorf 00, Grumbach 200. E nmer. Es ist nitgen egen abend war die V

Radis bei Dresden. n 1915 vollendet M odernsten Bauwerke die ten Hallen für Luftst m Friedensverträge b Senig. (Von Begel mbler und Fuhrwerksbe im Begriff war, ein ege wogliche Lampen et Weglagertern über

„Da bösen Sie, gnädiges Fräulein. Es ist nichts Neues“, meinte Leberecht Wiedenlamp lächelnd. Da sie aber noch immer zweifelnd dastand, flüsterte er leise: „Sind Sie so prüde? Das war aber einer von den entseelten Teufeln, der ihm das sagen ließ.“
Und die geäußerten Worte wirkten auf sie, als hätte sie einen Schlag ins Gesicht bekommen. Sie richtete sich höher auf, sah ihn fest an und entgegnete: „Rein, prüde bin ich nicht. Kommen Sie.“
Und während sie nun vorwärts schritten, warf sie den Kopf ein wenig urgebärdig in den Nacken. . . . Und er ging ihr zur Seite und dachte nur immer: „Ein prachtvolles Gesicht.“
Dann lächelte sie in dem Boote. . . . Die Segel waren gehißt, der Alte nahm am Steuer Platz und meinte nun: „Wenn Sie ein bißchen rudern möchten, wird dat bäter. Der Wind is man laß. Wir möten man ist u'n Hafenswatter rut.“
So nahm Leberecht Wiedenlamp die Ruder zur Hand. „Hoffentlich geht's nob“, bemerkte er, und legte sich mit vorgebeugtem Oberkörper mächtig ins Zeug.
Irmingard sah ihm gegenüber. Sie sah ihn stillschweigend zu. Ihre Lippen zitterten, in ihren Augen lag ein Glanz. „Geben Sie mir auch einen Riemen“, bat sie jetzt. . . . Das Klang heilig und ungestüm, so aus dem Innern, heraus.
„Mache ich es ungeschickt“, sagte er.
„Rein. Aber ich bereide Sie um diese Straßübung. Ich rudere gern und viel.“
Sie hielt sich erhoben und stand wartend vor ihm. Er zog jetzt ein Ruder ein und rückte, ihr Platz machend, zur Seite. Und nun löhete sie, nur durch einen schmalen Raum getrennt, dem etwa noch ein dritter Mensch hätte einnehmen können, auf dem Bänken nebeneinander. Sie bandhabte das schwere Ruder mit kräftigen, geschickten Händen, den Oberkörper bewegte sie kaum merklich vor- und rückwärts, aber sie begleitete ihre taktmäßigen Bewegungen mit eigentümlich martialisierenden Lauten. . . . Da . . . Lup . . . Da . . . Lup . . . lam es ununterbrochen, langgedehnt und singend von ihren Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

Korridor häufig
Deutschland für
Berliner Bezirke
Remelgebietes
let für an die
Er-
litaunischen
erinnert man sich
aufzutreten, Remel
leht wurde?
Oberhoheit und
Danzig, zwei
Deutschland und
unzöglich-polnischen
sien Herren vom
en geben?

Stoffeler

hielt am Sonn-
de der bisherige
des preukischen
Parteiordnende
artivorkand und
brungen zu der
gestaltelieber nicht
artivorkand mülle
hischen Regierung
Das Verbleiben
una sei unbedingt
Brennen.
richtete Woland-
sobnat. Sobnat
ndanten der fran-
derte über eines
de Erklärung ab-
at war. Sobnat
Republik bekannt,
der deutschen Re-
schichten zert-
r. Anschlag des
hischen Komman-
nokratische Partei
nach Frankreich
n Sobnat wegen
ihm das Recht
hem Militär ein-
erteilt. Sobnat
rtzeitig einleste,
fines.

RN.

10. Oktober.
ir konnten vor
ern Bert Wilson
schmen, daß der
Experimentalt-
ch auf denselben
as war schade;
nd die Besucher
it, mit der ge-
de zu weit fäh-
loje Lösung zu
n Vortragenden
geit gelöst wur-
geber oder der
hatten den leb-
n auf dem Ge-
atenübertragung
mbinationsauf-
vieles andere.
h er auch der
io hofft auf

Antimus.

Sagte Sauerwasser
tont plötzlich zu
einen Eingangs
a war in das
rieh sie nach
er bog sie tiefer
omal. Dann
te. Die dreien,
eine frische Brille
rief die rauhe
ein, legten sie
nellen, prüfend
st heftig gehend
ellen vorwärts.
s Frauen nicht
s Mädchen mit
ihm. Es klang
um. Hinter ihr
war viel Licht.
Weiß und der
hächens Gestalt
it verwirrendem

zahlreichen Besuch, wenn er Freitag, den 22. v. Mts. wieder kommt und erneute Proben von seinem Können ablegen wird, das man gemeinhin als übermenschlich zu bezeichnen pflegt.

Die Zuderlieferung. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Abholung des Zuders auf die Zuderarten, Bezugstarten und Ergänzungsarten für den laufenden Versorgungszeitraum beim Kleinhändler restlos bis zum 20. Oktober erfolgen muß. Den Kleinhändlern ist in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober, abgesehen von folgenden Ausnahmen, der Verkauf von Zuder untersagt. Militär- lauber- und Ergänzungsarten, soweit letztere nach dem 20. Oktober für die Gültigkeit bis 31. Oktober ausgegeben worden sind, sind ohne Einschränkung zu beliefern.

Neue Einkommensteuermarken. Nach einer Bekanntmachung im Amtsblatt des Reichspostministeriums sind jetzt Einkommensteuermarken zu 50 und 100 Mark fertiggestellt. Mit der Lieferung ist bereits begonnen worden. Die 50-Mark-Steuermarke zeigt einen violetten und braunen Farbendruck, die 100-Mark-Steuermarke einen solchen in blau und gelb.

Das künftige Brot in Sachsen. Vom 16. Oktober ab sollen Roggen und Weizen nur noch bis zu 85 Prozent sowie Gerste bis zu 75 Prozent ausgemahlen werden. Dann wird nach einer jeden ergangenen Verordnung des Wirtschaftsministeriums für den Freistaat Sachsen die Zusammensetzung des Brotes aus 75 Prozent Roggen- und Weizenmehl, 10 Prozent Gerstemehl, 10 Prozent Maismehl und 5 Prozent Weizenmehl bestehen. Weiter verpricht die Reichsgüterbehörde Zureichungen an Weizenmehl in größerem Umfange, so daß es etwa vom 24. Oktober ab wieder Weizenkleingebäck geben wird. - Abwarten!

Lohnzahlung bei verkürzter Arbeitszeit. Das Reichsarbeitsministerium hat seinen früher einggenommenen Standpunkt, daß der Arbeitnehmer unter allen Umständen während eines der Rüdigungszeitraum entsprechenden Zeitraumes trotz verkürzter Arbeitszeit den vollen Lohn beanspruchen könne, nach nochmaliger Prüfung wieder aufgehoben. Es kommt lediglich darauf an, den Termin, von dem ab die Lohn- und Gehaltszahlung eintreten soll, rechtzeitig, d. h. während eines der Rüdigungsfrist entsprechenden Zeitraumes vorher anzukündigen. Mit der Arbeitsfreudung kann der Arbeitgeber sofort beginnen, braucht dies aber erst in dem Zeitpunkt zu tun, von dem ab er seiner Antändigung nach den verkürzten Lohn zahlen will. Besteht eine vierzehntägige Rüdigungsfrist und ist die Arbeitsfreudung notwendig geworden, dann kann der Arbeitgeber z. B. am 8. September ankündigen, daß er vom 17. September ab die Arbeit freudet und den verkürzten Lohn zahlen werde.

(3.) Briefverkehr nach Sowjetrußland. Von jetzt an sind verpackungswise gewöhnliche frankierte Briefsendungen nach Sowjetrußland zugelassen. Sie werden mangels anderer Verbindungen über Bardö (Norwegen) geleitet und von da ein- bis zweimal wöchentlich mit russischen Motor Schiffen nach Archangelst weiterbefördert. Gebühren wie im Weltpostverkehr. Eine Gewähr dafür, daß die Sendungen in die Hände der Empfänger gelangen werden, kann nicht übernommen werden.

Röblich. (Der Bauauschuss) beschloß in seiner letzten Sitzung im Beisein des Herrn Amtspräsidenten Richter die an Bohndorf anschließende Dorfstraße bis zu der anschließenden oberen Dorfstraße auszubauen. Nach dem hierzu eingereichten Planentwurf wurde Herr Baumeister Reinhold mit der Uebernahme des Baues und Herr Baumeister Stübel-Glauchau mit dem Ausbau der Straße beauftragt.

Glauchau. (Einen guten Frau) machte Herr Obergendarmenrat Herr Wölke, indem er in Niederoda das zweispännige Fuhrwerk des Speidlers Sch. aus Chemnitz anhielt. Bei der Durchsicht des Wagens wurden 14 Zentner feines Weizenmehl, 5 Zentner Roggenmehl, 11 einhalb Zentner Mele und 14 Prote vorgefunden und beschlagnahmt. Die Waren hatte Sch. in der Mühle in Kollau gekauft und 7500 Mark dafür bezahlt.

Dresden. (Eine Falschmünzerei) ist von der Kriminalpolizei in den Grundstücken Lindenaustraße 37 und 39 aufgefunden worden. Als Fälscher wurden ein Schlosser R. und ein Uhrmacher G. ermittelt und festgenommen. Sie besaßen sich mit der Herstellung von Zigarettensteuerzeichen. In ihren Wohnungen wurde eine ganze Anzahl Maschinen und Material beschlagnahmt. Eine große Anzahl falscher Steuerzeichen, die sogar mit Wasserzeichen versehen waren, waren bereits angefertigt.

Döbeln. (Ein Schandfeuer) hat das große, auf der Höhe gelegene Döbelnische Gut in Sterna heimgeleitet. Die eine Seite des Gebäudes, eine große Scheune, ist mit den Ernteprodukten, u. a. 800 Zentner ausgedroschenem Weizen, Kartoffeln und mit den landwirtschaftlichen Maschinen niedergebrannt.

Glauchau. (Selbstmordreaktion der Bevölkerung zur Kartoffelbeisatzung.) Die Selbstmordreaktion der Unabkömmlichen der Reichswehrsozialdemokraten und der Privatangehörigen hatten die Einwohnerzahl für Sonntag vormittag halb 9 Uhr zu einer Demonstration gegen die hohen Kartoffelpreise nach dem Schützenplatz einberufen, die trotz regnerischer Witterung von etwa 1000 Personen besucht war. Unter Führung von Stadträten und Stadtverordneten der einberufenden Fraktionen marschierte je eine Abteilung von etwa 250 Personen in geschlossener Juch nach Artau, Weidensdorf, Kemle, Kleinndorf, Certeisbain und Reinholdsbain bzw. nach Schönbornchen, Niederwindmann, Wulm, Schönbach und Weidensdorf, während eine Radfahrerabteilung nach Ebersbach, Grumbach und Lobdorsdorf aufbrach. In Gegenwart des Gemeindevorstandes, der in Laufe des Sonnabends von dem Vorhaben in Kenntnis gesetzt worden war, wurde in den einzelnen Gemeinden mit den demnächstigen Landwirten wegen alsbaldiger Lieferung von Kartoffeln zu dem festgesetzten Zentnerpreis von 22,50 Mt. verhandelt unter Hinweis darauf, daß die wegen der Kartoffelknappheit mit Arbeit erregte arbeitende Bevölkerung rüchstandslos Selbsthilfe schaffen werde, wenn bis spätestens Mittwoch die verfügbaren Kartoffelmengen zur Ablieferung gelangen. Es wurde dann auch die Lieferung von etwa 5000 Zentner Kartoffeln bis Mittwoch erreicht, und zwar verpflichteten sich liefern zum Zentnerpreis von 22,50 Mt. bei freier Anfuhr Weidensdorf 600, Kemle (Rittergut) 75, Kleinndorsdorf 600, Certeisbain 200, Reinholdsbain 700, Schönbornchen 100, Niederwindmann 600, Weidensdorf 500, Schönbach mit Wulm zusammen 600 Zentner. Es ist nirgends zu ernstlichen Zwischenfällen gekommen, gegen Abend war die Aktion beendet.

Rabitz bei Dresden. (Abbruch der Militärluftschiffhalle.) Die im 1915 vollendete Militärluftschiffhalle in Rabitz, eines der obersten Bauwerke dieser Art, ist gleich dem Schicksal der anderen Hallen für Luftschiffe und Flugzeuge im Reich gemäß dem Friedensvertrage bis 15. Februar 1921 abzubrennen.

Bornitz. (Von Wegelagerern überfallen.) Der Fischbier- brauerei- und Fuhrwerksbesitzer Karl Seiler in Bornitz wurde, als im Begriffe war, eine Fuhre Wisstets zu holen, auf dem Wege zwischen Lampenleub-Oberbain und dem Balkholz von 21 Wegelagerern überfallen. Von der einen Seite kam einer

mit vorgehaltenem Revolver und dem Rufe: „Halt, Geld her!“ auf ihn zu. Während Herr Seiler diesen mit seiner Pistole abwehren wollte, mußte er auch schon die Wahrung machen, daß ein anderer Wegelagerer von der anderen Seite die Pferde zum Steben bringen wollte und ebenfalls mit vorgehaltenem Revolver auf ihn zukam. Im Handgemenge ist dabei Herr Seiler, welcher in der Schokelle lag, die Geldtasche, die auch die Kohlenbezugsscheine mit enthielt, aus dem Jockett gerissen worden.

Blauen. (Falsches Geld.) Bei dem Bader Wohlrad in Blauen, bei dem unlängst schon eine größere Menge von falschen 50-Mark Scheinen beschlagnahmt wurde, wurden bei einer neuen Hausdurchsuchung weitere Mengen falscher 50-Mark Scheine gefunden.

Birma. (Kartoffelbeisatzung.) Das Stehlen von Kartoffeln auf den Feldern der Nachbarschaft ist zu normalen Verhältnissen ausgeartet, an denen sich Trupps von 300 bis 400 Personen beteiligten. Die Verwertung des Rittergutes Juchendorf jagt die gestohlene Kartoffelmengen bereits auf 800 Zentner. Mieliche Zustände.

Aus den Nachbarländern. (Zusammenstoß zwischen deutschen Wehrpflichtigen und tschechischen Militärs.) Zwischen deutschen Wehrpflichtigen und tschechischen Militärs ereignete sich ein Zusammenstoß. Ein Offizier verhaftete auf der Straße einen Deutschen, der nicht eintriften wollte. Als die Menge die Freilassung des Verhafteten verlangte, feuerte der Oberleutnant einen Schuß ab, wodurch zwei Personen verletzt wurden.

Gerz. (Schon 24 Waggons.) Die auf den hiesigen Bahnhöfen beschlagnahmten Waggons mit Granaten und Mörsern sind auf 24 angewachsen. Bei einer von der Landesregierung anberaumten Besichtigung wurde beschlossen, daß Besichtigung des Materials in die Tschcho-Slowakei auf fernem Fall stattfinden dürfe. Die Waggons werden deshalb zurückgehalten und einem Einschmelzungswert überwiesen.

Wo befindet sich Hoelz?

Seit Wochen schon werden in den Zeitungen Meldungen über den mutmaßlichen Aufenthalt des Kommunistenführers Hoelz verbreitet. Insbesondere tauchte immer wieder die Nachricht auf, daß Hoelz aus Brau gelassen sei. Die tschechische Regierung habe sich deshalb mit einer Anfrage an die Regierung der Tschcho-Slowakei gewendet, jedoch bisher keine Antwort erhalten. Rum-mehr berichtet die „Nüher Zeitung“ auf Grund ihrer aus zuverlässigster Quelle stammenden Informationen, daß Hoelz nicht geflohen ist, sondern auf Anordnung der tschechischen Regierung über die Grenze nach Deutschland abgeführt worden sei. Seine Abreise erfolgte schon in den letzten Tagen des Monats August. Am 5. September wurde allen in Betracht kommenden Behörden die Mitteilung gemacht, daß Max Hoelz, Rintodmüller, geboren am 14. Oktober 1889 in Moritz bei Rieia in Sachsen, sowie der Kaufmann Paul Hermann Göthe, geb. am 6. Oktober 1885 in Bert bei Sondershausen, leitens der tschechischen Bezirksverwaltung in Weinberg für dauernd aus der tschechischen Republik ausgewiesen seien. Ferner wurde die Gattin des Hoelz, die am 6. Mai 1894 in Unterlahfenberg geboren, nach tschechischer Zuständige Klara Hoelz, von der tschechischen Bezirksverwaltung in Jüchlin gleichfalls für immer aus der Tschcho-Slowakei ausgewiesen.“ In der hierauf bezüglichen amtlichen Mitteilung wird angeordnet, daß die Ausgewiesenen, falls sie jemals wieder auf tschechischer Boden betreten werden sollten, sofort zu verhaften seien. Es ist also sicher, daß sich Hoelz nicht mehr in der Tschcho-Slowakei befindet; man weiß jedoch nicht, welche Richtung er, nachdem er über die Grenze nach Deutschland gebracht worden war, eingeschlagen hat.

Hierzu wird uns noch mitgeteilt, daß Hoelz nach seiner Verurteilung in Prag unter der Bedingung begnadigt worden sei, daß er die Tschcho-Slowakei verlasse. Weiter, daß Hoelz, dessen Brau gegen ihn auf Scheidung klagt, längst zum Scheitern vor das Landgericht Blauen gelangt war. Hoelz ist der Ladung nicht gefolgt, hat aber von Jnaim in Sächmähren eine Erklärung dorthin gerichtet. Diese Mitteilung läßt obige Nachricht von der Abführung des Hoelz nach Deutschland glaubhaft erscheinen. Hoelz kann, wenn er an der österreichisch-tschechischen Grenze geblieben ist, ganz leicht von Österreich aus seinen Brief nach Jnaim expedieren haben, damit er, mit dem Jnaimer Postknoten versehen, hier eintrifft und sein, des Abenders, Aufenthalt verborgen bleibe. Frau Hoelz besand sich letzter Flucht aus Sachsen nicht bei ihrem Gatten, konnte also auch nicht aus Tschcho-Slowakei ausgewiesen werden. Sie betreibt, wie es scheint, ernährte ihre Scheidung. Die in letzter Zeit aufgetauchte Nachricht, daß Hoelz wieder in tschechischer Gefangenschaft sei, dürfte aus Fälschungen veranlaßt sein, ist wohl wie der Jnaimer Brief zu erklären.

Gerichtssaal.

Dessau. (Das Urteil im Cöthener Prozeß.) In dem Prozeß gegen die Teilnehmer am Cöthener Aufstand sind die Urteile gefällt worden. Die Hauptangeklagten sind zu folgenden Strafen verurteilt: Vorkmann zu 1 Jahr 6 Monate, „Dr.“ Berg 1 Jahr 6 Monate, Ritter 1 Jahr 6 Monate, Laute, Schröder, Köhne je 1 Jahr Gefängnis. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen bis herab zu 4 Monaten.

In der letzten Verhandlung kam es zu einem leviationellen Zwischenfall. Der Handelsmann Grimm, Mitglied der R. v. d. Komunistischen Arbeiterpartei ausgetreten, weil ihm der Angeklagte Bohrmann in öffentlicher Versammlung vorgeworfen hatte, Judäer- und Spießdienste geleistet zu haben. In der getrigen Verhandlung erklärte Grimm, der als Junge vernommen wurde, niemals Spießdienste geleistet zu haben. Auf Vertragen des Vorisenden erklärte er, er habe im August gehört, daß etwas im Gange sei. Von der R. v. d. Komunistischen Arbeiterpartei organisiert worden, zu deren Führer bestimmte Leute ernannt wurden. Auch er, Grimm, sei Funktionär einer Kampforganisation gewesen. Leiter der Organisation in Halle sei der Angeklagte Bohrmann gewesen. Die Organisation sei über ganz Deutschland verbreitet gewesen. Grimm habe Zeug in Eibereit gebracht, ihn aber nicht der Polizei verraten. Der Junge wurde verurteilt. Nach der Verurteilung brachte die Verteidigung einen Brief Grimms zur Verlesung, in dem dieser anlässlich seiner Verhaftung erklärt, er stehe im Dienste des Militärs und habe bereits wichtige Mitteilungen der Militärbehörde gemacht. Man möge dafür sorgen, daß keine Berührung mit ihm aufhoben werde. Auf Verfragen des Vorisenden bekräftigte der Junge, dem Brief geschrieben zu haben und dem Militär Spießdienste geleistet zu haben.

Berlin. (Der Raub im Juliusturm.) Der Millionendiebstahl in der Spandauer Zitadelle gelangte am Sonnabend zur Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III. Allgemeines Aussehen erregte i. 3. die Nachricht, daß aus der Spandauer Zitadelle etwa 47 Millionen Reichsmark gestohlen worden seien. Am 7. November 1918 wurden in der Offizierskaserne des Spandauer Zitadelle 123 Kisten mit neuen rumänischen Banco-Generala-Roten eingelagert, die auf Befehl des Kriegsministeriums aus Sicherheitsgründen von Butarell nach Berlin geschafft worden waren. Die Offizierskaserne ist bald nach dem 9. November 1918 von Eindringern heimgekehrt worden. Im Dezember wurde gelegentlich einer Revision festgestellt, daß eine Geldkiste erbrochen und etwa 7 Millionen Reichsmark entwendet waren. Die Ermittlungen ergaben, daß der Kaufmann Fröhlich aus Spandau im Besitz von etwa 5 Millionen Reichsmark sei und auch bei mehreren anderen Personen wurde ein großer Betrag der gestohlenen Reichsmark festgestellt. Die Anklage erhoben, die abgeliefert von der heutigen Anklage erwidert werden wird.

Weitere größere Beträge aus dem Juliusturm sind bei den heutigen Angeklagten festgelegt u. Gen. ermittelt worden. Der Angeklagte Fröhlich hat 5 Millionen Reichsmark gestohlen, und zwar von der Kasse der Offizierskaserne.

der „spiritus rector“ des fähnen Millionendiebstahls gewesen sein und die Angeklagten festgelegt und Genar sollen ihm beim Wegschaffen der gestohlenen Reichsmark geholfen und auch Weita weitere erhebliche Hilfe geleistet haben. Das erbeutete Geld haben die Angeklagten verprakt. Die Vernehmung des Angeklagten Weichges mußte unterbrochen werden, da V. von einem hysterischen Buttrampf befallen wurde. Er kürzte in der Anklagebank zu Boden und schlug wild mit Händen und Füßen um sich, so daß er kaum zu händigen war. Die hierdurch entstandene Aufregung hatte zur Folge, daß auch der Angeklagte Essner von einem ähnlichen Anfall heimgekehrt wurde. Die Verhandlung mußte auf Erlauchen des Gefängnisarztes Dr. Girsh auf längere Zeit unterbrochen werden. Nach Wiedereintritt in die Verhandlung stellte Weichges den „wilden Mann“, gab allerlei konfuse Antworten. Um eine Verlegung der ganzen Sache zu vermeiden, beschloß das Gericht erst die übrigen Angeklagten zu vernehmen.

Hannover. (Der Eindbruch in der Villa Hindenburg.) Der Eindbrecher Gali, der feinerseit in der Villa Hindenburg des Einbruchs verübte und dabei auf den Generalfeldmarschall mehrere Schüsse abgab, wurde von der Strafkammer zu Hannover zu zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Hindenburg und sein Sohn waren als Zeugen erschienen. Der Feldmarschall schilderte seinen Kampf mit dem Eindbrecher.

Bermischtes.

† Eine interessante Hochzeit. Vor einigen Tagen hat in der englischen Hauptstadt eine interessante Hochzeit stattgefunden, die zwischen zwei Mitgliedern des spanischen Hochadels, die schon lange in London leben und zur englischen Hofgesellschaft zählen, geschlossen worden ist. Der Herzog von Alba vermählte sich auf der spanischen Botschaft mit der Marquesa San Vicente del Barco, einer außerordentlich schönen und amnetigen Dame, die bei Hof sehr beliebt ist. Natürlich wohnte ein großer Teil des in der Hauptstadt wohnenden Adels der Trauung bei und prächtige Hochzeitsgeheimte wurden dem Paar zuteil. Der König und die Königin spendeten zwei herrliche, eingelegte Operrngläser, die Königin-Witwe Alexandra schenkte den Neuvermählten eine mit Brillanten besetzte goldene Uhr, und das Königspaar von Spanien hatte sich mit einem Paar wunderbarer Ch-ringe für die junge Frau eingestellt. Das aparteste Geschenk stammte aber zweifellos von dem Earl of Athlone, der dem Bräutigam und der Braut zwei — Automobilmaschinen geschenkt hatte, die den beiden Glück auf der Reise bringen sollten. Das junge Paar trat nämlich seine Hochzeitsreise im Automobil an, und zwar begab es sich auf das Schloß Firbank, Camberlay, das Lord Revelstol den Neuvermählten für ihre Flitterwochen zur Verfügung gestellt hat. Der Herzog von Alba gehört zu den begütertesten spanischen Adligen und hat in England, vor allem in Oxford, studiert. Er ist ein bedeutender Sportsmann und hat viele Preise davongetragen. Die junge Herzogin von Alba war feinerseit Hofdame der Königin von Spanien, die sie, die selbst eine Engländerin ist, in die neue Heimat mitgenommen hatte. Die Hofdame heiratete dann den Marquese San Vicente de Barco, der jedoch nach kurzer Ehe gestorben ist.

† Abflug eines Flugzeuges. Ein Flugzeug der Deutschen Flugzeugwerke startete Sonntag mittag in Frankfurt a. M. mit einem Passagier und einem Hilfsmonteur unter Leitung des Flugzeugführers Graef nach Leipzig. Das Flugzeug war bereits über dem amnengenden Stadtwald angelangt, als die Benzinzufuhr verlagte. Graef hatte jedoch die Gefahrgewandlung des Flugzeug auf die Krone eines großen Baumes fallen zu lassen, wobei das Flugzeug hart beschädigt wurde, die Insassen jedoch künftlich unversehrt auf den Boden gelangten.

† Verhaftung eines Reichswehrhauptmanns. Der Hauptmann der Reichswehr Armin Bau in Wänden wurde wegen Unterdrückung von Gewehren verhaftet. Er hatte beim Aufbruch der Räteregierung 174 Gewehre in einem Hotel gesammelt und sie später in die Kaserne bringen lassen. Bei der gegenwärtigen Waffenabgabe hat er sie abgegeben und dafür einen Gesamterlös von 16700 Mark erzielt. Der verhaftete Hauptmann gab an, daß er den erzielten Betrag zugunsten seiner Kompanie verwenden wollte.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Bericht über den Kohlenmarkt.

Die Lage auf dem Kohlenmarkt in Sachsen ist leider nach wie vor ungünstig, der Bedarf bleibt sowohl in Hausbrand wie in Industrie in großem Maße ungedeckt. Das Abkommen in Sax nachdem hierdurch jede Zufuhr von Ruhrkohle und teilweise fremdwelchen Vorräten kann deshalb keine Rede sein. Die Förderung geht vom Werke unmittelbar an den Verbraucher. Amlich liegen die Verhältnisse in Rost und dürfte hierin in nächster Zeit noch eine weitere Verschlechterung zu erwarten sein, da die Zufuhr von Ruhrkohle ständig weiter unterbrochen wird. Die Wagenstellung geht glatt und genügt den derzeitigen Produktionsverhältnissen. Eine Besserung ist nur zu erwarten, wenn sich die Arbeiterchaft entschließen wollte, freiwillig gegen erhebliche Vorteile in Bar- und Naturallohn täglich eine Leberstunde zu verfahren, wodurch monatlich 50000 Tonnen Kohle mehr gefördert werden könnten. Obwohl die mit den Bergarbeitern unterführten Verhandlungen ergebnislos verliefen, scheint in dieser Beziehung noch nicht das letzte Wort gesprochen zu sein. Es steht vielmehr zu hoffen, daß die von radikalen Elementen eingeschickerte Bergarbeiterchaft sich auf sich selbst besinnt und sich ihrer Pflicht gegenüber der Allgemeinheit bemußt wird.

Der Bahnerbund einschließlich Landablauf der Kohlensteinlieferwerke im Monat September 1920 betrug 30673 To. Hiervon entfielen 29667 To. den Werken des sächsischen Grundes.

Der Gesamtverbrauch einschließlich Landablauf betrug: im I. Vierteljahr 1920 831 312 To., im II. 804 259 To., im III. 850 300 To., im IV. zusammen 2 485 871 To. Davon entfielen an den sächsischen Grund im I. Vierteljahr 2 746 To., im II. 80 125 To., im III. 76 636 To., im IV. zusammen 239 507 To.

Lustige Gde.

Stefe. „War das'n Fiegl, der dich eben nach'm Weg fragte; dem hätte ich gar keine Auskunft gegeben!“

W. „Unhöflich kann ich einmal nicht sein... aber ich habe ihm zur Stuf den verkehrten Weg gezeigt!“

Lokomist. „Sie kommen jeden Abend her und trinken fünf Maß Bier, niemals weniger; ist das Prinzip?“

— „Ne, Durst!“

Ein gut Beschlagener. Lehrer: „Wenn ich fünftausend Mark zu zwanzig Prozent heische, was trägt mir das?“

Koch: „Na, 's erste mal dürften Sie mit e B... straf davonkommen, Herr Lehrer!“

